

# Der Maler

## Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Ersteinst. Monatsheft  
Abonnementspreis 1,50 M pro Quartal  
bei freier Zusendung unter Kreuzband 2 M

Schriftleitung und Geschäftsstelle:  
Hamburg 86, Alster-Terrasse Nr. 10  
Telefon: Nordsee 8246

Postfachkonto:  
Vermögensverwaltung des Verbandes  
Hamburg 11598

### Nach der internationalen Werbewoche.

Die Werbung neuer Mittläufer um unsere allgemeinen wirtschaftlichen Ziele und um den wirtschaftlichen und sozialen Aufstieg auch unserer Berufsgenossen gehört zu den wichtigsten Aufgaben unserer Funktionäre und einzelnen Mitglieder. Aber die kürzlich veranstaltete internationale Werbewoche sollte diese ständige Agitationsstätigkeit emporen zu einer umfassenden und einheitlichen Aktion. Dabei geht es nicht nur um die Aufstellung der völlig absehenden Handlung; auch die durch die schwere Wirtschaftslage und durch parteipolitische Gegenagitation geschaffenen Hindernisse galt es aufzuräumen und mit Mut und Begeisterung für unsere hohen Ideale zu erfüllen.

Hierzu war das Gedemütigtwerden des Zeitpunktes, an dem vor Jahren die Gewerkschaftsinternationale gegründet wurde, eine sehr günstige Gelegenheit; denn es wirkt unheimlicher als jedes noch so treffliche Argument, wenn man überlebt wird in die Anfangsjahre der modernen Arbeiterbewegung und sieht, wie diese trotz ungünstigster sozialer und politischer Verhältnisse, allen Polizeischikanen und Maßregelungsgelüsten eines damals äußerst realistischen Unternehmertums zum Trotz, in gewaltigen Schritten sich machtvoll entwickelt und große Erfolge errungen hat. Leider gibt es nicht wenig Arbeiter, die aus Unwissenheit, die gegenwärtig keine oder keine nennenswerten Kämpfe stattfinden, schließen, daß die Macht unserer Organisationen gelähmt, die Gewerkschaften ihrer Aktionskraft beraubt wären und den Mut zu fruchtbringenden Taten oder zur trotzigigen Abwehr verloren hätten. Das ist törichter als dies.

Wie stets seit der Gründung der Gewerkschaften, so muß heute jede taktische Maßnahme auf die sich bietenden Aussichten ernstlich geprüft werden. Bei fast vier Millionen Erwerbslosen und Kurzarbeitern und der daraus resultierenden Notlage eines großen Teiles aller Erwerbsfähigen sind die Erfolgsmöglichkeiten wirtschaftlicher Kämpfe für die Gewerkschaften viel zweifelhafter als in Zeiten der Konjunktur. Unter solchen Verhältnissen sind Ruhe- und Abwartepausen ein zwingendes Gebot, dagegen ist aber unausgesetzte Forderung nach offenen Kämpfen unter ungünstigen Umständen — gleichgültig, ob dabei die Arbeiterkraft nutzlos und größte Opfer bringen müßte — ein Verbrechen, sich keine verantwortliche Organisationsleitung zuschulden lassen darf. So selbstverständlich dies ist, ziehen wir allemal die oberflächlich Veranlagten aus diesen Worten irrtümlich die Lehre, daß sie in Zeiten wirtschaftlicher Depression sich zurückhalten und warten müßten, bis wieder vorwärtsgeht, um dann die Erfolge möglichst rasch mit einstecken zu können, ohne daß sie diese durch ihre untätige Mitgliedschaft vorzubereiten und zu sichern sich nicht gefühlt haben.

Diesen falschen Glauben zu bekämpfen, dazu bot sich in der Werbewoche die Möglichkeit, und so wurde denn auch nach den eingegangenen Berichten in den von unserer Organisationsleitung veranstalteten Versammlungen die allgemeine Meinung der Arbeiterbewegung in allen Zeiten und unter allen Verhältnissen hervorgehoben, daneben aber noch ganz besonders die Tätigkeit und die Erfolge unserer Organisationen in den Vordergrund gestellt. Der Verbandsvorstand hat es den Filialen freigestellt, ob sie zur Entfaltung der Agitation im gegenwärtigen Moment Mitglieder- oder öffentliche Versammlungen für zweckmäßig hielten, und in der Tat hat deshalb auch ein Teil der Filialen und Bezirksstellen solche Veranstaltungen verzichtet. Vielfach haben die Leiter oder andere beauftragte Kollegen oder Berufsgenossen durch geeignete Vorträge dem beabsichtigten Zweck gedient. Teilweise wurden die Versammlungen durch Vorträge, Festansprachen, Ehrung der Jubilare, musikalische und Gesangsvorträge oder andere feierliche Veranstaltungen reichhaltig gestaltet, so daß sie bei den Besuchern, zu denen vielfach auch die Frauen und sonstigen Familienmitglieder der Kollegen, meist auch die Lehrlinge gehörten, einen tiefen Eindruck hinterlassen haben.

Die Versammlungen waren zum größten Teil recht gut besucht, obwohl sich in manchen Orten die außerordentliche Arbeitslosigkeit ungünstig bemerkbar machte, unter der zahlreiche Kollegen selbst den Sommer hindurch haben leiden müssen. Die meisten Filialen haben das Schwergewicht auf Werkstattversammlungen, Arbeitsstellenbesprechungen, auf Hausagitation, Funktionär- und Betriebsratversammlungen, auf Bücherkontrollen und andere geeignete Maßnahmen gelegt und haben mit dieser gut organisierten Kleinarbeit stets fast erfolgreicher gearbeitet, als das in öffentlichen Veranstaltungen möglich gewesen wäre. Hier ist von Tausenden unserer Kollegen ganz Außergewöhnliches geleistet worden, wobei eine Agitationsnummer unseres „Maler“ und andere Druckschriften die Wirkung noch erhöht haben.

Zwar lassen sich die erreichten Erfolge vorläufig nicht zahlenmäßig feststellen. Wenn aber auch ohne diese besondere Werbetätigkeit in dieser Zeit Aufnahmen gemacht worden wären, so zeigt sich doch, daß diese während der Werbewoche erheblich zahlreicher waren. Mehr noch ist es gelungen, Wankelmütigen und Nachlässig gewordenen wieder für die Organisation zurückzugewinnen und Kollegen anzuwerben, die von nun an von neuem aktiv in der Organisation mitarbeiten werden. Auch hierin liegt natürlich ein ungeheurer Wert; denn was nützen Mitglieder, die lediglich Beiträge zahlen, sonst aber am Organisationsleben nicht teilnehmen und noch weniger bei der stets notwendigen Agitation mithelfen.

Wir können diese Betrachtungen nicht schließen, ohne auf Vorgänge hinzuweisen, mit denen die Gewerkschaften nun schon seit Jahren zu ihrem großen Schaden kämpfen müssen. Nicht genug, daß die kommunistische Presse die Gewerkschaften fortlaufend in der unerhörtesten Weise belächelt und beschimpft und jeden ihrer Erfolge in einen Verrat umüllt, um ja zu erreichen, daß die Indifferenten sich nicht organisieren, wurde auch die internationale Werbewoche zu einem ganz besonderen Vorstoß benutzt. Während man größtenteils eingangs der zu dem 25. Jahrestag der Gewerkschaftsinternationale von jener Seite veröffentlichten Artikel den Anschein erweckte, als erkenne man die Notwendigkeit und die Bedeutung unserer Organisationen zur Hebung der sozialen und kulturellen Lage der Arbeiter an, ging man dann im Laufe der Darlegungen zu den üblichen Verdächtigungen und Herabwürdigungen über, um am Schluß folgende verleumderische Sätze niederzuschreiben:

„Bei fast allen Gelegenheiten, zuletzt wieder bei Gelegenheit des englischen Bergarbeiterstreiks, hat die Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale schamlos verjagt. Mit allen Mitteln sabotieren die Rechten, die Organisation beherrschenden Führer der Amsterdamer Internationale die Bestrebungen zur Herstellung der internationalen Gewerkschaftseinheit. Die linken Führer aber sind schwankend, feige, ohne festen Halt. Das reaktionärste Glied ist der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund; er ist die stärkste Stütze der Kapitalherrschaft in Deutschland, er rühmt sich, der ständehafte Wall gegen den Bolschewismus zu sein, er propagiert die Arbeitsgemeinschaft mit den Kapitalisten am stärksten. Seine Erfolge bestehen in Wirklichkeit darin, daß die Ausbeutung der Arbeiter immer schlimmer wird, daß sich die Lebenshaltung der Arbeiter immer mehr verschlechtert, daß die Arbeiter in den republikanischen Ländern keine Macht mehr besitzen, daß die Bourgeoisie schalten und walten kann, wie es ihr beliebt. So sehen in Wirklichkeit die „Erfolge“ der sozialen Gewerkschaftspolitik aus.“

Diese sinnlosen, den wahren Tatsachen ins Gesicht schlagenden Anwürfe können natürlich keinen andern Zweck haben, als den unorganisierten Arbeitern zu jagen, daß sie nichts Besseres tun können, als den Gewerkschaften fern zu bleiben. So werden die Interessen der Arbeiter von Seiten, die heuchlerisch vorgeben und fälschlich behaupten, die wahren Kämpfer gegen die Ausbeutung der Arbeiter zu sein, mit Füßen getreten und jede Aktion der Gewerkschaften benutzt, um sie wirkungslos zu machen lediglich einer bestimmten politischen Partei zuliebe, die da glaubt, mit Schreien, Parolen, aufgelösten Demonstrationen und sinnloser Obstruktion

das kapitalistische Wirtschaftssystem, die Folgen des Krieges, die Ereignisse der Nachkriegszeit und ihrer Begleiterscheinungen aus der Welt zu schaffen.

Wir freuen uns, immer wieder feststellen zu können, daß unsere Kollegen trotz all dieser Ablenkungsmanöver und Anwürfe gegen ihre Organisation sich in ihrer überlegenen Mehrzahl von dem einmal eingeschlagenen Weg nicht abbringen lassen, und daß uns auch trotz der hier kurz gekennzeichneten Vorstöße die Werbewoche einen wesentlichen Erfolg gebracht hat. Trotz der großen Arbeitslosigkeit und schlechten Berufslage schreitet unsere Organisation vorwärts, sowohl was die Zahl ihrer Mitglieder, ihre finanzielle Leistungsfähigkeit und auch ihren Einfluß auf die sozialen, wirtschaftlichen und beruflichen Verhältnisse angeht.

### Die neuesten Entwicklungstendenzen in der deutschen Industrie.

In den letzten Monaten hat sich innerhalb der deutschen Industrie eine Entwicklung angebahnt, die zu verfolgen, immer interessanter wird. Es handelt sich um eine zunehmende Zusammenschlußbewegung in den einzelnen Industriezweigen, die zu weiterer Ausgestaltung der Großbetriebe oder aber zu engerer Interessenverflechtung der einzelnen Branchenbetriebe zu führen geeignet ist.

Industrielle Zusammenschlüsse sind an sich keine Neuerfindung. Im Zeitalter des Liberalismus, etwa in den achtziger Jahren, hatten scharfe Konkurrenzkämpfe in Verbindung mit Preisereignissen eine Notlage der Industrie geschaffen, die man durch Zusammenschlüsse, wie sie insbesondere in der Montanindustrie entstanden, zu überwinden versuchte. Diese Zusammenschlußbewegung vollzog sich meist auf horizontaler Grundlage innerhalb der einzelnen Branchen. Gleichartige Sorgen waren es, die gleichartige Betriebe zum Zusammengehen veranlaßten, um die Durchführung des technischen Fortschrittes im Großbetrieb zu erreichen und Konkurrenzkämpfe auszuschalten. Kurz vor dem Kriege machte sich jedoch bereits eine andere Entwicklung geltend, deren Ziel es war, nach Möglichkeit alle Phasen der Produktion in einem einzigen Unternehmen zusammenzufassen, also vertikal organisierte Großbetriebe zu schaffen, und auch hier ging die Montanindustrie voran.

Diese Entwicklung hat sich in der Nachkriegszeit fortgesetzt; infolge der wirtschaftlichen Verhältnisse, die der Krieg geschaffen hatte, trat die Ausbildung großer vertikaler Konzerne stark in den Vordergrund. Wieder waren es Absatzsorgen, die diese Entwicklung hervorriefen. Durch den Krieg waren große Teile des Auslandsmarktes als Absatzgebiet verlorengegangen. Auch der Binnenmarkt war durch den Verlust großer Gebiete und durch die Verminderung der Kaufkraft der Bevölkerung stark eingengt. Die Unternehmungen versuchten daher immer mehr, ihren Absatz durch Angliederung von Betrieben nachfolgender Produktionsstufen zu erweitern und so ihre Rohprodukte und Halbfabrikate im eigenen Unternehmen zu verwerten. Hinzu kam die Notwendigkeit, daß die vom Reich als Entschädigung für die in den abgetretenen Gebieten gelegenen Betriebe gezahlten Summen bei zunehmender Entwertung des Geldes schnell angelegt werden mußten, und daher eine Flucht in die Sachwerte einsetzte, die der Konzernbildung besonders günstige Vorbedingungen geschaffen hat.

Diese Entwicklung ist nun in den letzten Monaten durch eine neue abgelöst worden, die an die Entwicklung der achtziger Jahre erinnert. Allerdings ist das nicht so zu verstehen, daß die vertikalen Konzerne wieder auseinanderzufallen beginnen. Was sich als organisch aufgebaut und demgemäß auch als lebensfähig erwiesen hat, wird auch voraussichtlich weiter bestehen. Aber unter den abnormen Verhältnissen der Inflationszeit war vieles zusammengeschlossen, was durchaus nicht zusammengehörte, und solche Gebilde sind im Laufe der Stabilisierungsperiode jetzt allmählich zum Verschwinden gebracht worden.

In ihr neues Stadium ist die Zusammenschlußbewegung der Industrie etwa ausgangs des vorigen Jahres getreten. Die Aenderung des Kurzes ist hauptsächlich unter dem Druck der seit langem herrschenden Wirtschaftskrisis in Deutschland erfolgt. Die Gemeinsamkeit der Absatzsorgen der Unternehmungen gleichartiger Produktionsvorgänge, verbunden mit dem Bestreben, dem Mangel an Betriebskapital durch Vereinigung mit kapitalkräftigeren Unternehmungen abzuwehren, sind die treibenden Momente. Außerdem hatte infolge der Absatzstörung in letzter Zeit eine Jagd nach den wenigen Aufträgen eingesetzt, die zu Preisunterbietungen und Konkurrenzkämpfen

schlimmsten Umfanges führte und deren schädliche Folgen nur durch Verständigung mit den Konkurrenten oder durch völlige Verschmelzung mit deren Betrieben ausgeschaltet werden konnte. Hinzu kommt dann noch, daß auch eine Gemeinsamkeit der Interessen hinsichtlich der Durchführung der Nationalisierung der Wirtschaft, die unter einer starken Ueberforderung des Produktionsapparates leidet, und ferner hinsichtlich der Normierung der Fabrikate besteht, die das Streben nach Verständigung stark gefördert hat. Oft hat auch der Gedanke mitgewirkt, die Rentabilität nicht zu steigern, sondern sie durch Zusammenschluß mit andern überhaupt erst wieder zu erreichen.

Ueberblickt man die Liste der Zusammenschlüsse, die im Laufe dieses Jahres zustande gekommen sind, so findet man, daß sich die neue Entwicklung fast ausschließlich wieder, wie früher, auf horizontaler Grundlage vollzieht. Die Möglichkeiten vertikaler Organisation scheinen demnach weitgehend erschöpft zu sein und entsprechen nicht mehr den Zeitverhältnissen. In den letzten Wochen hat geradezu ein Wettlaufen von Zusammenschlüssen stattgefunden, die teilweise zu Kartellbildungen, teilweise zu völligen Verschmelzungen geführt haben. Ein neuartiges Element in der Entwicklung der letzten Wochen und Monate besteht darin, daß man bestrebt ist, weitgehende internationale Verständigungen zustande zu bringen. Nicht nur die deutsche Wirtschaft leidet unter der Depression, sondern wir finden in vielen andern Volkswirtschaften ähnliche Schwierigkeiten wie bei uns, die einem Wiederaufbau der Weltwirtschaft entgegenstehen. In diesem Zusammenhang sei als Beispiel nur an die allseitig bekannten Bestrebungen erinnert, die darauf hingingen, die Lage der Eisenwirtschaft durch ein internationales, vorläufig auf den Westen sich erstreckendes Eisenkartell zu bessern dessen Abschluß unterdessen bereits erfolgt ist. Manche andern internationalen Vereinbarungen sind in letzter Zeit angebahnt worden, so zum Beispiel haben sich in allerjüngster Zeit Zusammenschlußbestrebungen der Holzexporteure geltend gemacht. Bei den deutschen Zusammenschlüssen wird im Gegensatz zu früheren Jahrzehnten neuerdings meist die Form der Fusion gewählt; man hofft, durch völlige Verschmelzung der Unternehmungen leistungsfähige Großbetriebe zu schaffen, die die Absatzschwierigkeiten am besten überwinden und die Nationalisierung am vorteilhaftesten durchführen sollen. Daneben steht allerdings auch noch in erheblichem Umfange die Form des Kartells oder der Interessengemeinschaft, die sich besonders in der Farbenindustrie Geltung verschafft hat. Nach einer Veröffentlichung der Direktion der Diskontobankgesellschaft haben in diesem Jahre bis zum 1. August bereits 95 Zusammenschlüsse in der deutschen Industrie stattgefunden. Ihre Zahl dürfte sich bis zum Jahreschlusse noch wesentlich erhöhen, da, wie gesagt, gerade in den letzten Wochen die hier besprochenen Bestrebungen an Intensität zugenommen haben. Und es ist kaum anzunehmen, daß wir bereits auf dem Höhepunkt dieser neuesten und interessantesten Entwicklung der deutschen, wie der internationalen Wirtschaft angelangt sind.  
Dr. E. Dröschner, Weisk.

**Konjunkturbericht vom Monat September.**

Die leichte Belebung der Bautätigkeit scheint auch auf das Malergewerbe einige günstige Wirkungen ausgeübt zu haben, so daß sich der Rückgang der Konjunktur in unserm Berufe weniger stark bemerkbar machte. Dennoch war die Beschäftigungslage ganz unbefriedigend und die durch unsere Erhebung über die Arbeitstätigkeit festgestellte Zahl der Erwerbslosen, soweit sie unserer Organisation angehören, beweist, daß trotz der Besserung des Baumarktes die Zahl der beschäftigten Berufskollegen im Abnehmen begriffen ist. Im Vergleich zum Vormonat zeigt auch das Ergebnis unserer Konjunkturumfrage für den Monat September eine kleine Verschlechterung, die aber nur an der Abnahme der sehr gut beschäftigten Betriebe erkenntlich ist.

Von 152 Betrieben in 46 Orten haben im September 132 Betriebe aus 41 Orten rechtzeitig berichtet. Insgesamt waren in diesen Betrieben 4451 Kollegen beschäftigt. Wir zählten in der Gruppe der sehr gut beschäftigten Betriebe 5 Betriebe (3,7%) mit 293 Beschäftigten (6,6%) gegen 9,9% der Betriebe und 15,9% der

Beschäftigten im Vormonat. — Fast in dem gleichen Verhältnis dieser Abnahme hat die Gruppe der gut beschäftigten Betriebe zugenommen, sie stieg von 26,5% im August auf 34,8% im September; ebenso stieg die Zahl der Beschäftigten von 1472 auf 1898, oder auf 48,5% gegen 32,2% im Vormonat. — Unverändert blieb die Zahl und auch der Hundertsatz der befriedigend beschäftigten Betriebe; die Zahl der Beschäftigten erhöhte sich von 1790 auf 1921, so daß gegen 89,2% im August jetzt 48,2% aller erfassten Beschäftigten in dieser Gruppe vereinigt waren. — Fast um die gleiche Zeit verringerte sich die Zahl der Arbeitnehmer in der Gruppe der schlecht beschäftigten Betriebe. Sie fiel von 579 auf 844 oder von 12,7 auf 7,7% der Beschäftigten. Nur gering verminderte sich die Zahl der Betriebe, von 17 auf 14 oder von 12,9 auf 10,6%. Die beiden ersten Gruppen zusammen, wie auch die beiden letzten Gruppen zusammen, haben fast genau ihren prozentualen Anteil wie im Vormonat halten können. Das Gesamtbild aber zeigt uns eine geringe Konjunkturverschlechterung.

Neueinstellungen erfolgten 578 in 81 Betrieben, denen aber 661 Entlassungen in ebenfalls 81 Betrieben entgegenstehen. Auch hierin zeigt sich ein Nachlassen der Beschäftigungsmöglichkeiten. Neben 3 Betrieben mit 829 Beschäftigten, in denen teilweise Ueberstunden geleistet wurden, waren 5 Betriebe mit 151 Beschäftigten vorhanden, die schon Kurzarbeit eingeführt hatten. Lehrlinge wurden in 116 Betrieben ausgebildet. Die Zahl von 621 Lehrlingen macht wieder wie im Vormonat 18,9% der Beschäftigten aus. Auf jeden Betrieb kommen danach im Durchschnitt 5,4 Lehrlinge.

In den Industriebetrieben waren vereinzelt Besserungen festzustellen. So im Lokomotiv- und Waggonbau, wie auch in der Kraftfahrzeugindustrie. Unverändert schlecht blieb die Lage in der Textilindustrie, in der Maschinen- und in der Möbelfabrikation. Doch scheint sich in der Textilindustrie durch größere Aufträge eine Besserung vorzubereiten.

**Aus unserm Beruf**

**Elberfeld. (Berufsunfall.)** Am 8. Oktober stürzte unser Jungkollege Kaiser aus einer Höhe von 8m von einer Anlegeleiter ab und erlitt einen Oberschenkelbruch. Vermutlich sind auch noch innere Verletzungen entstanden, da starke Schmerzen in der Bauchgegend hinzutreten sind. Unser junger Kollege war mit dem Verkitten von hohen Kirchenfenstern beschäftigt. Die Anlegeleiter war auf einem Rappdach aufgestellt und unten befestigt; drei Sprossen am oberen Ende der Leiter waren durch aufgenagelte Laternen ersetzt. Da K. ganz oben arbeiten mußte, hielt er sich mit der linken Hand an einer der aufgenagelten Sprossen fest. Durch den Druck, der beim Sitzen ausgeübt werden muß, löste sich die Latte und der Kollege stürzte in die Tiefe. Viel schlimmere Folgen hätten eintreten können, wenn das Rappdach nicht genügend Widerstand geleistet hätte und durchgebrochen wäre. Es ist unverantwortlich, daß der junge Kollege von einer Anlegeleiter arbeiten mußte, die längst zur Verwendung als Kleinholz für den Ofen reif gewesen wäre. Dieser Unfall diene allen Kollegen als ernste Warnung. Anlegeleitern sind vor jeder Ingebrauchnahme einer gründlichen Prüfung auf ihre Festigkeit zu unterziehen. Diese Mahnung mögen insbesondere unsere Kollegen im Bergischen Lande beherzigen, da hier beim Anstrich von Häusern meist von Anlegeleitern gearbeitet wird.

**Köln. Merkwürdige Auffassungen über die Förderung der Bildungsbestrebungen für die schulentlassene Jugend scheinen im „Rostocker Jugendamt“ noch vorzuherrschen. Die Jugendabteilung unseres Verbandes hatte ein Gesuch um Ueberlassung eines Schulraumes für die allgemeine und fachgewerbliche Fortbildung ihrer Mitglieder bei der zuständigen Schulbehörde eingereicht, nachdem der Jugendleiter durch Erkundigung an der betreffenden Schule festgestellt hatte, daß ein Schulraum für den gedachten Zweck vorhanden und auch frei ist. Die Ueberlassung könne erfolgen, wenn die Zustimmung der Schulbehörde vorliege. Die Entscheidung des Referenten Herrn Stadtrat Steinbeck, fiel in ablehnendem Sinne aus, da „für die Fortbildung der Malerlehrlinge die Gewerbeschule vorhanden sei**

und sich dadurch die Ueberlassung eines Raumes erübrigt. Die Leitung unserer Lehrlingsabteilung gab sich mit dieser Entscheidung nicht zufrieden, sondern beantragte zum 2. Male — die Ueberlassung eines Schulraumes. Die erfolgte Ablehnung, diesmal ohne Angabe von Gründen, persönliche Bemühung teilte der Herr Stadtrat dann, daß das „städtische Jugendamt“ sich gegen die Ueberlassung ausgesprochen habe und deshalb letzten für die Ablehnung verantwortlich sei. Man sollte es für möglich halten, daß eine Behörde, deren vornehmste Aufgabe nach den Gesetzesbestimmungen (Reichs-Jugendfortbildungsgesetz und Erlass des Medl.-Senner. Ministeriums 4. Januar 1924) die Pflege und Förderung der Jugendhände und ihrer körperlichen, geistigen und beruflichen Fortbildung sein soll, eine derartige Entscheidung treffen kann. Während die Ueberlassung von Schulräumen in den vorerwähnten Gesetzen ausdrücklich als Förderungsgegenstand befürwortet ist, vertrat der leitende Beamte dieses Jugendamtes die merkwürdige Auffassung, es doch möglich sein müsse, im Gewerkschaftsraum Raum für die Jugendlichen bereitzustellen. Während die Jugend selbst mit aller Entschiedenheit danach mit ihren Veranstaltungen auswärts und Gasthäusern auszukommen, werden diese hier vom „Jugendamt“ erlassen. Trotzdem wurde ein drittes Gesuch eingereicht, dessen hatte die Arbeiterpresse eine Darstellung des Verhältnisses veröffentlicht, was den Herrn Stadtrat als ersten veranlaßte, die ganze Angelegenheit dem Magistrat zur Begutachtung zu unterbreiten. Bei nochmaliger Vorstellung entschloß sich ihm dann das „Jugendamt“: „Der Rat der Stadt mit der Sache wieder aufzustellen, und der Schulleiter immer noch die Personen, die Ende darüber zu entscheiden haben.“ Das läßt nicht eine besonders freundliche Einstellung zu unsern Lehrlingen durch eine von uns abgeschlossene Rückversicherung absolut geboten. Sollte die Abneigung des Herrn Stadrats und des Jugendamtes gar nicht zu überwinden sein, bleibt uns noch der Beschwerdeweg an die Landesregierung vor dem wir im Bewußtsein unseres guten Rechtes zurückschrecken werden. Unsere Jugendgruppe aber geht weiter und möge sich in Ueberwindung dieser Kleinwiderstände stärken für den späteren Lebenskampf.

**Saarbrücken. (Städtischer Berufsunfall.)** Bei den Anstricharbeiten an den Leitungen der Hochspannungsleitung der Kraftzentrale Homburg die Firma Stummhille aus Neunkirchen büßte der Arbeiter Karl Muppenthal im Alter von erst 18 Jahren sein Leben ein. Nach den Ermittlungen unserer Filialabteilung war ein Monteur der Kraftstation für die Ueberprüfung und Ausschaltung der jeweiligen Stromleitungen verantwortlich. Dieser soll die Arbeitstelle verlassen und einen monteur mit seiner Vertretung beauftragt haben, der scheinlich aus Unkenntnis unsern Kollegen an einen Mast führte. Als Kollege Muppenthal nach ausdrücklicher Anfrage, ob die Leitung stromfrei sei, den Mast erklomm und mit den Drähten in Berührung kam, schloß sich die Stromleitung und der Arbeiter wurde durch die Höhe von 11 Metern ab. Als seine Kollegen hinzukamen war der morgens wohlgenut zur Arbeitstelle gefahrene junge Mensch bereits tot. Die sofort herbeigerufenen richterkommission nahm den Tatbestand auf. Die Untersuchung wird ergeben, ob ein Verschulden der Monteur liegt. Der Ausgang dieses Unglücksfalles ist uns sehr wichtig, als die Familie des Verunglückten neben einer Rente des Vaters auf den Arbeitsdienst des Verunglückten angewiesen war. Auch in diesem Falle ist der Verlust blühenden Menschenlebens wieder auf kräftigen Leistungen und Außerachtlassung der dringlichsten Schutzvorschriften rückzuführen. Die Sache kann nicht mit der Berufung Gottes allmächtigen Ratschlusses abgetan sein, wie das rührend hingestellt wird. Den Angehörigen muß ein Einkommen des Verunglückten entsprechende, dauernde Unterstützung zuteil werden. Darüber hinaus muß aber auch die dringende Durchführung der Gewerkschaftsforderungen zum Schutze der Bauarbeiter und an die Anstellung geübter Kontrolleure aus Arbeiterkreisen herangegangen werden, bei deren treuer Pflichterfüllung die Mehrzahl der Unglücksfälle vermieden werden könnte.

Da, ein weiser Mensch soll die Dinge des Lebens begreifen und sich ihrer soviel als möglich erfreuen, sich durch nützliche und angenehme Nahrung kräftigen, seine Sinne durch den Duft und die grüne Pracht der Pflanzen erquickern, selbst seine Kleidung schmücken, sich der Musik erfreuen, durch Spiele und Theater, durch alle Belustigungen, welche ein jeder sich gönnen kann, ohne Schaden für seine Person.  
Baruch Spinoza.

**Vom Kampf um die Kultur.**

Von Dozent Oswald Schild, Wien.

Wenn heutzutage das aufregende Schlagwort vom „Kulturkampf“ auf die Gehirne niederschlägt, ist es wohl zeitgemäß und angebracht, einmal in kurzen Worten den „Kampf um die Kultur“ in seinen natürlichen Grundlagen zu erörtern. Schlagworte erscheinen ja oft genug wie das Signal eines Ausnahmezustandes, und doch ist auch hier die Sache, um die es sich dabei handelt, eigentlich etwas Alltägliches. Nicht nur in einer bestimmten Form, sondern in mannigfachster Beziehung und ununterbrochen kämpft die Menschheit für oder gegen die Kultur. Das unmittelbar Freiende sind dabei organische Kräfte, die die Entwicklung der ganzen organischen Kultur beherrschen und weiterhin beherrschen werden. Von Anbeginn an hat die lebende Natur mit zwei entgegengesetzt wirkenden Faktoren gearbeitet und aus ihnen die unendliche Fülle und Vielfalt der Gestalten und Fähigkeiten geschaffen: Einerseits bewahrt sie das einmal Erreichte in der Vererbung, andererseits strebt sie in der Veränderung der Individuen von neuem vor. Noch in anderer Hinsicht erkennen aber die Natur zweifach: Sie hat ihre ganze Sorgfalt und Schaffenskraft auf die Erhaltung und Verbesserung des einzelnen Individuums,

als dem einzigen Mittel zur Erreichung neuer Entwicklungshöhen, sie opfert aber auch rücksichtslos das Individuum der Erhaltung und Förderung der Gattung. Letzteres ist der Grundzug aller Organisation, und es ist dabei unwesentlich, ob es sich um die innere körperliche und funktionelle Organisation des einzelnen Lebewesens, wo selbst dessen einzelne Organe im Interesse des Ganzen zusammenarbeiten, handelt, oder um Organisationen, bei denen die einzelnen Teile von freilebenden Individuen gebildet sind, also wie bei jeder Art gesellschaftlichen Verbandes. Immer und überall ist das Grundgesetz Veränderlichkeit der Teile fördert das Interesse der Gemeinschaft, und eben diese Interessen sind es auch wieder, die die unbegrenzte Variation der Teile in Schranken halten. Jedes Wert lebendiger Kräfte wächst so gleichzeitig als harmonisches Resultat von freier Gestaltungsaktivität und lebensgemäßer Beschränkung. Natürlich tritt dies dort am klarsten in Erscheinung, wo die höhere Einheit, um deren Erhaltung es sich handelt, aus einzelnen Individuen besteht, wie auf niederen Stufen im Herden- und Staatsleben der Tiere, auf höherer Stufe in den sozialen Verbänden der Menschen. Hier wurzelt einerseits der ganze Bestand in der Leistungsfähigkeit und Entwicklungsfähigkeit der Individuen, andererseits bestimmt der Verband selbst aus seinen Interessen heraus die Grenzen dieser persönlichen Tätigkeit und Entwicklung. Das, was man eigentlich „Kultur“ nennt, also die Erzeugnisse und Einrichtungen, die der Mensch in bewusster Betätigung seiner Geisteskräfte hervorbrachte, ist nur die Fortsetzung dessen, was die organische Natur überhaupt leistet.

Wie alle organische Natur, entwickelt sich auch die Menschheit unter der unmittelbaren Wirksamkeit dieser polaren Kräfte. Auf der einen Seite die freie Entwicklungsfähigkeit und der damit mehr oder weniger

stark auftretende Entwicklungsdwang des einzelnen, auf der andern Seite die instinktive oder unbewußtvernünftige Unterordnung dieses Organes unter Lebensinteressen der Gemeinschaft. Oder in einer knappen Sprachformel ausgedrückt: Einerseits Freiheit, andererseits Zwang. Aller Kampf um die Kultur ist nichts anderes als das Bestreben nach richtiger, naturgemäßer Abwägung dieser beiden treibenden Kräfte.

Soziale Organisation allein bedingt noch keine hohe Kultur. In mancher Hinsicht sogar, wie die erzeugenden Kräfte, so auch die von ihnen hervorgerufenen Erscheinungen Gegenpole. Die Organisation beruht auf einer zunehmenden Unterordnung einzelner unter das Ganze. Die Kultur hingegen auf zunehmender Freiheit des einzelnen. Ausarten beider, das Kulturreichthum des einzelnen in Phantasie in Utopien und Schwärmereien, die den Zusammenhang mit dem Boden der Wirklichkeit verlieren, die Organisation in äußeres Schablonentum, stagnierende Bürokratismus, Gewalttaten usw. Sobald Kulturstreben alle in der Organisation verfügbaren sozialen Entfaltung verwendet und die Organisation unbedenklich in den Dienst höherer Kulturfragen gestellt, lange ist die Harmonie des Vorwärtstrebens gesichert. Wenn aber die Kultur in ihrem Streben nach Befreiung des einzelnen und freier Ausbildung der Persönlichkeit von der Organisation gedrückt und gewirkt und sich gegen diese Unterdrückung wehren muß, beginnt der „Kulturkampf“, einerlei, um welche besonderen Gegner aus der Reihe organisatorischer Einrichtungen es sich dabei handelt. Jeder Kampf, der Menschheit um Wahrung der persönlichen Freiheiten deren Förderung im Rahmen des allgemeinen Fortschritts kämpft, gegen Anschauungen und Einrichtungen, die Hindernisse in den Weg legen, ist von vornherein

**Gewerkschaftliches**

**Johann Sassenbach** hat am 12. Oktober sein sechzigstes Lebensjahr vollendet. Nach dem Besuch der Volksschule erlernte er im Rheinland das Sattlerhandwerk. Auf seiner langen Wanderschaft durch Deutschland, die Schweiz, Südfrankreich, Italien und Oesterreich lernte der Grund für seine reichen Sprachkenntnisse gelegt werden sein, die er dann später durch eifriges Selbststudium noch vervollkommnet hat. Nach Berlin zurückgekehrt, war er am Aufbau seiner Berufsorganisation tätig, deren Vorsitz er von 1891 bis 1901 innehatte. 1892 übernahm er die Geschäftsführung des Berliner Gewerkschaftshauses, erfüllte in späteren Jahren nebenbei die Pflichten eines Stadtverordneten und Stadtrates in Berlin, führte von 1902 bis 1923 dem Vorstand des ADGB, an dem wirkte von 1900 bis 1921 als Sekretär im Interesse der internationalen Vereinigung der Sattler und Tapezierer. 1920 wurde Sassenbach auf Grund seiner umfassenden Kenntnisse der deutschen Volksgemeinschaft als sozialistische Abgeordneter, von wo er 1923 als Sekretär des internationalen Gewerkschaftsbundes nach Amsterdam verabschiedet. Seine schriftstellerische Tätigkeit erstreckt sich auf weite Wissensgebiete, die sich nicht nur auf den gewerblichen Wirkungsbereich in der Arbeiterbewegung beschränken. Möge seine mit Idealismus und praktischer Sicherheit gepaarte Arbeitskraft unserer Bewegung noch lange erhalten bleiben.

**Zwei Jubilare des Bauergewerksbundes.** Am 8. Oktober feierte Herrmann Silbermann die Feier seines 60. Geburtstag. Aus der Maurerbewegung hervorgegangen, hatte er schon Anfang der neunziger Jahre für eine Zusammenfassung der Bauarbeiter in einem Zentralverband gewirkt, wurde 1893 Leiter der Agitationskommission für die Provinz Brandenburg, 1898 Gauleiter dieses Bezirks und Mitglied des Hauptvorstandes und 1902 als Vertreter seiner Organisation in die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands gewählt, wo er noch heute als Vorstandsmittglied des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes tätig ist. In letzter Eigenschaft hat er mehrmals als dessen Vertreter an unseren Generalversammlungen teilgenommen. Im Interesse der Arbeiterbewegung und besonders der bauergewerblichen Berufe tätig. — Gleichfalls am 8. Oktober konnte Herrmann Obenthal, der Obmann der Reichsfachgruppen der Maler, Klempner, Feuerungs- und Schmiedemaurer, Maler, Klempner und Steinhaufleger im Deutschen Bauergewerksbunde sein 85. Lebensjahr vollenden, nachdem er im vorigen Jahre sein fünfzigjähriges Anstellensjubiläum im Dienste seiner Gewerkschaft begehen konnte. Wir bringen den beiden Jubilaren unsere herzlichsten Glückwünsche entgegen und hoffen, daß ihre wertvolle Arbeitskraft im Nutzen der deutschen Arbeiterbewegung noch lange erhalten bleiben und in späteren Jahren ein ruhiger Lebensabend beschieden sein möge!

**Der Lohnkampf der Hamburger Hafnarbeiter** hat in dem Verlauf das Interesse der ganzen deutschen Arbeiterbewegung hervorgerufen. Mit vollem Recht wird den Entscheidungen der Schiedsgerichte und der Verbindlichkeitsklärung durch das Reichsarbeitsministerium die strengste Beachtung der organisierten Arbeiterchaft zuteil. Das gibt den Mitgliedern der Gewerkschaften und auch Nichtmitgliedern, sich dann gerne als unentwegte „Opposition“ bezeichnen, Veranlassung und Gelegenheit, die eigenen Berufsorganisationen in der Weise unverantwortlicher „Grabscher“ herunterzureißen. Und je weiter die Kritiker von den Orten der Tatsachen entfernt sind, um so schärfer und unapologetischer sind ihre Vorwürfe. Besonders die gewerkschaftsfeindliche Presse tut ihr übriges und noch etwas über, und ist heilfroh, die Aufmerksamkeit ihrer Leser auf den unliebsamen Vorgängen fortschreitender Berührung eigener Lager auf die verhassten Gewerkschaften ablenken zu können. Wir bringen deshalb in nachstehendem eine kurze Darstellung der Tatsachen, die sich im Hamburger Hafen abgepielt haben, nach einem kurzen und sachlichen Bericht im Organ des Heizer- und Maschinenistenverbandes.

Danach bestehen im Hamburger Hafen zwei Tarifverträge, von denen der eine für das Maschinenpersonal, der andere für die Hafnarbeiter und das Deckpersonal Geltung hat; die Lohnsätze gelten für beide Gruppen. Auf Arbeitgeberseite ist der Hafenbetriebsverein Tarifkontrahent. Während der Verkehrsband für seine Mitglieder, Hafnarbeiter und Deckpersonal, sowohl den Rahmentarif als auch das Lohnabkommen gekündigt hatte, war eine Kündigung von seiten der Maschinenisten und Heizer nicht erfolgt. Die Vertreter der letzteren erklärten sich aber in einer darauffolgenden Verhandlung bereit, eventuelle Veränderungen des Rahmentarifs für sich zu übernehmen. Das Lohnabkommen war vom Hafenbetriebsverein auf den 30. September gekündigt und ein Lohnabbau von 10% gefordert, dem eine 20prozentige Lohnforderung der Arbeitnehmer entgegenstand. Eine Entscheidung war weder mit den Stimmen der Arbeitnehmer, noch mit den Stimmen der Arbeitgeber herbeizuführen, weshalb der Unparteiische gemäß § 21 Absatz 4 der Ausführungsbestimmungen zur Schlichtungsverordnung vom 29. Dezember 1923 allein einen Schiedsspruch fällte. Nach Ablehnung durch beide Parteien befahte sich der Hamburger Schlichter erneut mit den Differenzen und hat einen neuen Schiedsspruch gefällt, der geringe Verbesserungen vorsah, im übrigen die Rahmentarife auf ein Jahr und das Lohnabkommen bis 31. Dezember verlängerte. Darin wurde weder den Forderungen der Unternehmer auf Lohnabbau, noch dem Verlangen nach Lohnhöhung entsprochen. Nach Ablehnung dieses Schiedspruches wurde im Auftrage des Reichsarbeitsministers ein drittes Schlichtungsverfahren eingeleitet, mit dem Erfolg, daß einige Veränderungen der Rahmentarife, aber kein zufriedenstellendes Ergebnis in der Lohnfrage erzielt wurde, das heißt, die bestehenden Löhne sollen weiter in Kraft bleiben. Die Vertreter der Verbände versuchten nun nochmals, auf den Reichsarbeitsminister einzuwirken, um eine Verbesserung des Lohnabkommens zu erreichen und die Verbindlichkeitsklärung zu verhindern. Trotz des Einspruches der Zentralverbände wurde der Schiedsspruch für allgemeinverbindlich erklärt und damit nach den gesetzlichen Bestimmungen die Durchführung eines Streiks unmöglich gemacht.

Diese sachliche Darstellung ist notwendig, um den Verdrehungen von gewisser Seite die nüchternen Tatsachen gegenüberzustellen. Wenn nun behauptet wird, daß die Gewerkschaften ungeachtet der gesetzlichen Bindungen den Streik hätten durchführen und finanzieren müssen, so ist darauf hinzuweisen, daß die Gewerkschaften zivilrechtlich für Tarifbruch haften und es macht keinen Unterschied, ob es sich um einen frei vereinbarten oder einen Zwangstreik handelt. Denn nach § 50 der Zivilprozessordnung können auch die nicht rechtsfähigen Vereine für ihre Handlungen haftbar gemacht werden. Es liegen Urteile vor, die den Gewerkschaften Schadenersatz auferlegen. Das Recht fließt hier noch. Wenn zum Beispiel die rechtsfähigen Vereine nach § 31 BGB für alle Handlungen, auch wenn sie von ihren satzungsgemäßen Erfüllungsgehilfen ausgeführt werden, verantwortlich sind, so ist diese Auslegung in bezug auf die Gewerkschaften etwas günstiger. Nach den §§ 290 ff. BGB sind die Gewerkschaften nicht haftbar für Handlungen ihrer Erfüllungsgehilfen, also einzelner Gewerkschaftsfunktionäre, Streikposten usw., die nicht ausdrücklich dazu beauftragt waren. Zwar hat sich kürzlich der deutsche Juristentag dafür ausgesprochen, daß alle nicht rechtsfähigen Vereine, also besonders die Gewerkschaften, genau so behandelt werden müßten, wie die rechtsfähigen Vereine. Dagegen werden sich die Gewerkschaften mit aller Entschiedenheit wehren. Aber auch dagegen müssen sie energische Verweigerung einlegen, daß außerhalb stehende Personen und Parteien irgendeinen Einfluß auf ihre Tätigkeit ausüben versuchen, um so mehr, wenn kaum ein Drittel der an der Bewegung Beteiligten organisiert ist und ausgesprochen gewerkschaftsfeindliche Personen sich in völliger Verkennung der gewerkschaftlichen Aufgaben ein Mitbestimmungsrecht anzumahnen versuchen, zu dem nicht der geringste Rechtsanspruch vorhanden ist. Wenn die Arbeiterchaft ihre Kulturaufgabe einmal voll erkannt und sich ohne Ausnahme geschlossen zur Erreichung ihrer Ziele zusammengeschlossen hat, dann wird sie auch die Macht haben, alle Hemmungen und gesetzlichen Bindungen zu beseitigen. Solange aber ein Teil sich von außenstehenden Personen in absichtlichen Gegensatz zu den vitalsten Ar-

beiterinteressen setzen läßt, muß in der Bekämpfung der Gegner mit den Mitteln gearbeitet werden, die der immerhin größere und vernünftiger Teil der Arbeiterchaft trotz allen Geschreies einer verantwortungslosen Clique als fördernd für die Angelegenheiten der Gesamtarbeiterchaft ansieht.

„Sozialistischer Kulturbund“ nennt sich eine im Jahre 1925 gegründete Organisation, die soeben in Hanenburg (Thüringen) ihren ersten Kongreß abgehalten hat. Der Bund umfaßt alle auf dem Gebiete der Arbeiterbildung tätigen Körperschaften, das heißt, die Sozialistische Partei, die Gewerkschaften, die Bildungsausschüsse, die sozialistischen Lehrvereinigungen, die Kinderfreunde, die Arbeitergefangenvereine die sozialistische Arbeiterjugend und die Sportverbände. Die Organisation verfolgt das Ziel, „alle befreundeten und verwandten Organisationen zu einer Kulturgemeinschaft zusammenzufassen, die sich das Ziel setzt, alle Verbände unter völliger Wahrung ihrer Selbstständigkeit und ihres eigenen Lebens doch zur Klärung der sozialistischen Weltanschauung, zur Festigung des sozialistischen Kulturideals, zur Verinnerlichung des sozialistischen Kulturbewußtseins und, wo es möglich ist, auch zu gemeinsamem Vorgehen zu vereinen“. Der Kongreß nahm einen sehr erfolgreichen Verlauf. A. Klein hielt einen Vortrag über „Die kulturelle Lage der Arbeiterklasse“, in dem er ausführte, daß die Arbeiter selbst dafür sorgen müssen, daß der Vorprung der bürgerlichen Klasse auf dem Gebiete der Bildung eingeholt wird. Weitere Redner behandelten das Kulturproblem von den verschiedenen Standpunkten aus. Allen diesen folgten Diskussionen, ferner wurden Abende für turnerische Vorführungen usw. veranstaltet.

**Aus der Betriebsrätegesetzgebung**

Alle Wege führen nach Rom. Von diesem verlogenen Prinzip unerbittlicher Geschäftsgebarung läßt sich die „Deutsche Bergwerkszeitung“, das Organ der kapitalgewaltigen Grubenbarone, leiten, indem es in Nr. 286 einen Artikel mit der verhänglichen Überschrift „Gewerkschaftliche Irrtümer“ veröffentlicht. Darin schreibt dieses Blatt, dem in seinem blinden Haß gegen die sozialen Bestrebungen der Arbeiterchaft alles zum Besten dienen muß, mit scheinheiliger Besorgnis um den Fortbestand der Gewerkschaften über das „Betriebsrätegesetz“ folgendes: „Solche Verneinungen des Gewerkschaftsgedankens gibt es in der neueren Geschichte der Arbeiterbewegung doch vielfach. Die markanteste ist und bleibt das vielgepriesene Betriebsrätegesetz. Und gerade dieses Gesetz ist doch eine besondere Sorge der Gewerkschaften gewesen. In diesem Gesetz ist eine von jeder politischen und gewerkschaftlichen Einstellung durchaus unabhängige Arbeitervertretung geschaffen worden, welche die Interessen der Arbeiterchaft eines oder mehrerer Betriebe nach gesetzlich festgelegten Gesichtspunkten zu vertreten hat. Die Mitwirkung der Gewerkschaften ist dabei völlig ausgeschlossen. In der Tat hat auch schon die kurze Geschichte der Praxis des Betriebsrätegesetzes gelehrt, daß dieses Gesetz dem Gewerkschaftsprinzip nicht eben förderlich gewesen ist. Die Interessen zahlreicher Arbeiter sind dadurch von den Gewerkschaften abgelenkt und auf die besonderen und viel näher liegenden Belange des sie beschäftigenden Betriebes gelenkt worden. Diese für sie bittere Erfahrung haben die Gewerkschaften aller Schattierungen in den letzten Jahren an dem stetig zunehmenden Schwund ihres Mitgliederbestandes machen müssen. Diese „Verneinung des Gewerkschaftsprinzips“ haben sie aber selbst gewollt und sind auch heute bemüht, sie durch Ausbau des Betriebsrätegesetzes noch weiter zu treiben.“ — Der Pferdefuß erbeuchelter Besorgnis um den Ausbau des verhassten Betriebsrätegesetzes kommt in dem letzten Satz offen zum Ausdruck. Deshalb auch ihre vermehrten Bemühungen um die Errichtung von wirtschaftsfriedlichen Werk- und Berufsvereinen, deren Mitglieder als Betriebsräte im Unternehmenssinn viel „geeigneter“ sein sollen. An den Betriebsräten selbst liegt es, die Behauptungen der Unternehmer Rügen zu strafen. Wenn es wirklich hier und da Vertreter der Belegschaften geben sollte, die im Sinne obiger Ausführungen tatsächlich glauben, die Gewerkschaften entbehren oder ausschalten zu können, so müssen diese auf das Verwerfliche ihres Tuns hingewiesen werden. Die ganze Betriebsrätebewegung ist zur Unwirksamkeit verurteilt, wenn sie sich nicht auf die Gewerkschaften als organisatorische Macht der Arbeiterklasse stützen kann. Und das Amt eines Betriebsrates ist so wichtig und bedeutungsvoll, daß es nur von Arbeitern ausgefüllt werden kann, die Erfahrungen und Kenntnisse über die wirtschaftlichen Notwendigkeiten im Dienste eben dieser gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung gesammelt haben.

**Sozialpolitisches**

Gegen die Doppelverdiener wendet sich das Reichsarbeitsministerium in einer Rundgebung in der an die Arbeitgeber die dringende Bitte gerichtet wird, „darauf hinzuweisen, daß — soweit nicht im Einzelfalle dadurch besondere Härten entstehen — bei notwendig werdenden Entlassungen in erster Linie die sogenannten Doppelverdiener auszuwählen und daß für die Dauer der gegenwärtigen Depression keine Doppelverdiener eingestellt werden, so lange unter den zahlreichen arbeitslosen geeignete Kräfte zur Verfügung stehen“. Wenn das Reichsarbeitsministerium darunter Personen versteht, die — ohne auf Erwerb angewiesen zu sein, einer bezahlten Beschäftigung nachgehen —, so kann man im Grunde nichts dagegen einwenden. Doch darf die Anregung nicht dazu führen, daß wieder Zustände in Erscheinung treten, wie sie sich unter den Demobilisierungsvorschriften zur Freimachung von Arbeitsplätzen gezeigt haben. In der Praxis wurden diese Vorschriften dazu verwendet, um verheiratete Frauen von ihren Arbeitsplätzen zu entfernen, ohne im Einzelfalle zu prüfen, ob die betreffenden auf den Erwerb zur Friftung ihres Lebensunterhalts angewiesen waren und vielsach, ohne daß die durch die Entlassung der Frauen freigewordenen Plätze durch andere Erwerbslose besetzt worden sind. Es wurden damals sogar Frauen entlassen, die seit Jahren von ihrem Manne getrennt lebten und gezwungen waren, den Lebensunterhalt für sich und ihre Kinder durch Arbeit zu erwerben. Mit ganz geringen Ausnahmen arbeiten verheiratete Frauen doch nur, weil der Mann nicht genügend ver-

...kultkampf. Es ist für jeden leicht, alle die Gegner aus-... zu machen, mit denen das Kulturstreben bald hier, dort, im stillen Winkel oder in der breiten Öffentlichkeit den Kampf aufzunehmen gezwungen ist. Alle im öffentlichen und privaten Leben wirksamen Faktoren, die freien Entfaltung der Persönlichkeit entgegenstehen, vollständig ihre Liste. Alle nur aus dogmatischen, Gewohnheitsanschauungen usw. abgeleiteten Einankungsgründe für die Freiheit der Persönlichkeit sind naturgemäß, ob kurz oder lang, das Kulturstreben in das Stadium des Kulturlampfes. Eine ideale Gemeinschaft ist von Natur aus im Unrecht, wenn die Freiheit der Meinung nicht achtet, wenn sie das Denken und Denken des einzelnen in bestimmte Schranken pressen will und seine freie geistige und moralische Entfaltung mit direkten oder indirekten Mitteln niederdrückt. Wo immer ein Kulturstreben sich regt, kämpft es gegen diese Niederhaltung. Und dieser Kulturlampf in dem allgemeinen Charakter ist nichts anderes als der Kampf gegen die Schablone der Erziehung, gegen geistige und moralische Bevormundung des Individuums über die Grenzen der natürlichen Gesetze hinaus. Er erklärt sich das emsige Bemühen aller jener Familien, die nicht für Kultur, sondern für eigene Besitz- und Entfaltung kämpfen, die geistige und moralische Selbstständigkeit des einzelnen und der Gesamtheit möglichst gegen einen möglichst niedrigen Niveau zu halten. Dieser Kampf der beiden Entwicklungsfaktoren betrifft nicht bloß die Vorgänge und Einrichtungen der breiten Öffentlichkeit in jeder Berufssphäre, sogar bis in die einzelne Familie hinein spielt er sich ab. Wie oft wird hier nicht über unbewußt gegen das Naturgesetz des Rechtes Persönlichkeit durch Herrschaft und Bevormundung verdrängt. So steht also unser Leben ständig im Kulturlampf auf allen Linien, in allen Ständen und Berufs-

zweigen. Daß wir daran gewöhnt sind, nur dort von einem Kulturlampfe zu reden, wo vor allem kirchliche Macht- und Bevormundungsbestrebungen zurückgewiesen werden sollen, ist eine Einseitigkeit, die nur dadurch ihre Erklärung findet, daß besonders in dieser Frage die Disharmonie zwischen Kulturstreben und dogmatischer Engstirnigkeit besonders kraft in Erscheinung tritt. Kulturlampf ist es aber auch, wenn der seine Berufspflicht redlich und gewissenhaft erfüllende Beamte um die Freiheit kämpft, als Mensch seine Persönlichkeit betätigen zu können. Und ebenso ist es Kulturlampf, wenn der Künstler oder Gelehrte freie Bahn fordert für den Weg, auf dem er die Ziele der Wissenschaft und Kunst zu fördern sich genötigt sieht und im Kampfe um diese, nur wieder der Kultur selbst zugute kommenden Freiheit gegen das Vorkommen der „Schulen“ und „Systeme“ energisch Front macht, die ja auch hier so gerne mit „alleinseligmachenden Wahrheiten“ aufwarten. Solange wir nicht soweit sind, daß derjenige, der Neues bringt und sucht, schon darum, daß er dies mit Aufwand all seiner Kräfte leistet, mehr gefördert wird, als der brave Durchschnittsarbeiter, der zwischen den beiden Capfeilern „vorschriftsmäßig“ und „gewöhnheitsmäßig“ hin- und herpendelt, solange müssen wir uns in der Betonung unserer geistigen „Kultur“ immerhin Beschränkung auflegen. Der Kampf um die Kultur ist ein Naturgesetz, gegen das auch der weiseste Gesetzgeber nicht aufkommt. Wollte man ihn aus der Welt bannen, hieße es die Menschheit zu ewigem Stillstand verurteilen, was ihren Untergang bedeuten würde. Für den vorwärtstrebenden Menschen, den Kulturlämpfer im wahren Wortsinne, bedeutet jedoch das Erkenntnis, daß der Kampf um die Kultur im besten Boden wurzelt, den es geben kann: in der innersten Natur des Lebens selbst, eine frohe Zukunft!

